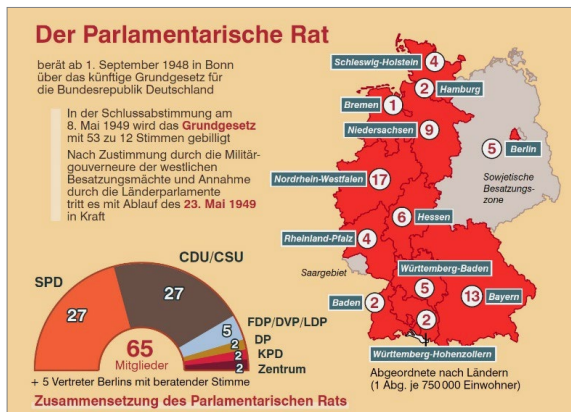


Der Parlamentarische Rat (1948/49)

Auf der Londoner Sechsmächtekonferenz¹, an der neben den drei westlichen Besatzungsmächten - den USA, Großbritannien und Frankreich - auch die drei *Benelux*-Staaten² teilnahmen, wurden im Frühjahr 1948 die Konturen eines westdeutschen Teilstaats entworfen. Zuvor war ein letzter Versuch, mit der Sowjetunion zu einer gemeinsamen Deutschlandpolitik zu gelangen, Ende 1947 gescheitert. Die Übergabe der Londoner Beschlüsse an die Ministerpräsidenten der westlichen Besatzungszonen Deutschlands erfolgte am 1. Juli 1948. Mit den so genannten »**Frankfurter Dokumenten**«³ wurden sie u.a. ermächtigt, eine politische Neuordnung für die Westzonen in die Wege zu leiten und dazu eine verfassunggebende Versammlung einzuberufen. Auf dem *Rittersturz* bei Koblenz⁴ berieten die Ministerpräsidenten im Juli 1948 über die alliierten Vorschläge. In ihrer Antwort zeigten sie sich zu deren Annahme bereit, unterstrichen aber, dass eine auf die Westzonen beschränkte Neuregelung nur provisorischen Charakter haben könne.



Der Gedanke der Vorläufigkeit prägte denn auch den Verlauf und den Inhalt der nachfolgenden Verfassungsberatungen. Auf der Insel *Herrenchiemsee*⁵ leistete ein **Verfassungskonvent**, zu dem die Länder je einen Bevollmächtigten entsandt hatten, im August 1948 die entscheidenden Vorarbeiten für die provisorische Verfassung.

Die weiteren Beratungen erfolgten im **Parlamentarischen Rat**, wie das verfassunggebende Gremium in bewusst zurückhaltender Wortwahl bezeichnet wurde. Der Parlamentarische Rat trat am 1. September 1948 in Bonn zusammen. Er bestand aus 65

Abgeordneten, die von den Parlamenten der elf westdeutschen Länder gewählt worden waren, darunter vier Frauen. Jedes Land entsandte einen Abgeordneten auf jeweils 750 000 Einwohner, war mindestens aber mit einem Abgeordneten vertreten. Die parteipolitische Zusammensetzung richtete sich generell nach den Ergebnissen der letzten Landtagswahlen; in zwei Ländern (*Württemberg-Hohenzollern*⁶ und *Hamburg*) wurden die Mandate davon abweichend auf die beiden großen Parteien aufgeteilt. SPD und CDU/CSU stellten somit je 27 Mitglieder, die FDP weitere fünf. Je zwei Abgeordnete gehörten zur Deutschen Partei, zur KPD und zum Zentrum.

¹ Die **Londoner Sechsmächtekonferenz** war eine Außenminister-Konferenz der drei westlichen Besatzungsmächte Deutschlands sowie der Benelux-Staaten als direkten Nachbarn Westdeutschlands, auf der der Weg zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland geebnet wurde. Die Sechsmächtekonferenz dauerte vom 23. Februar bis zum 2. Juni 1948. Sie bestand dabei aus zwei Sitzungsperioden. Die erste begann am 23. Februar im alten *India Office* und endete am 6. März. Die zweite begann am 20. April und endete am 2. Juni. Auch der Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone Lucius D. Clay nahm an der Konferenz teil. Eine Einladung an die Sowjetunion erging dagegen nicht mehr. Ziel der Konferenz war es, die Grundlage für die Beteiligung eines demokratischen Deutschlands an der Völkergemeinschaft zu schaffen, das heißt vor allem, auf dem Gebiet der drei westlichen Besatzungszonen einen föderalistischen, demokratischen deutschen Staat zu gründen. Zur Umsetzung wurden die Ministerpräsidenten der Länder ermächtigt, den verfassunggebenden Parlamentarischen Rat einzuberufen.

² Die **Benelux-Union**, kurz die **Benelux** (ehemals **Benelux-Wirtschaftsunion**, auch **Beneluxländer** oder **Beneluxstaaten**) besteht aus Belgien, den Niederlanden (**Nederland**) und Luxemburg. Bereits 1944 wurde eine Zollunion zwischen den Ländern vereinbart, die mit dem Inkrafttreten des *Benelux-Vertrags* 1960 weitgehend in die Tat umgesetzt wurde.

³ Als **Frankfurter Dokumente** werden die drei Vollmachten der westlichen Siegermächte bezeichnet, die den Ministerpräsidenten bzw. Bürgermeistern der deutschen Länder in den westlichen Besatzungszonen von den Militärgouverneuren am 1. Juli 1948 überreicht worden waren. Ihnen wurde damit der Auftrag erteilt, einen deutschen Weststaat zu gründen.

⁴ Der **Rittersturz** (166 m) ist ein Aussichtspunkt bei Koblenz. Er ist ein Plateau im Koblenzer Stadtwald, südlich des Stadtteils Karthause, vor einem steil zum Rhein abfallenden Schieferabsturz. In der Vergangenheit war er Gerichtsstätte, Touristenattraktion und Schauplatz der Rittersturz-Konferenz von 1948.

⁵ **Herrenchiemsee** (od. *Herreninsel* bzw. *Herrenwörth*), größte der drei Inseln (*Frauen-* u. *Krautinsel*) im oberbayerischen Chiemsee. Über Jahrhunderte, bis zur Säkularisation in Bayern (1803), war die Insel im Besitz von *Kloster Herrenchiemsee*; 1873 erwarb sie König Ludwig II. für 350.000 Gulden und ließ hier anschließend (1878-1886) das *Schloss Herrenchiemsee* errichten (nicht fertiggestellt), das den Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder im Sommer 1948 als Tagungsstätte diente.

⁶ Das Land **Württemberg-Hohenzollern** entstand im Mai 1947 in der französischen Besatzungszone und war eines der Gründungsländer der Bundesrepublik Deutschland. Es umfasste den südlichen Teil des ehemaligen *Volksstaates Württemberg* sowie die ehemals zu *Preußen* gehörigen *Hohenzollerischen Lande*. Auf einer Fläche von 10.406 km² lebten etwa eine Million Einwohner. Die Hauptstadt war Tübingen, der Sitz des Landtags das ehemalige Kloster Bebenhausen bei Tübingen. Am 25. April 1952 gingen die Länder *Württemberg-Hohenzollern*, *Baden* und *Württemberg-Baden* in neu gegründeten Land *Baden-Württemberg* auf.

Der Parlamentarische Rat (1948)

Hinzu kamen fünf Abgeordnete Berlins (drei SPD-, ein CDU- und ein FDP-Vertreter), die mit beratender Stimme hinzugeladen wurden.

Als nach Abschluss der Beratungen am 8. Mai 1949 über das **Grundgesetz**, die vorläufige Verfassung für die künftige Bundesrepublik Deutschland, abgestimmt wurde, votierten 53 Abgeordnete dafür, 12 dagegen (davon 6 der 8 CSU-Abgeordneten und die Vertreter der drei kleinen Parteien). Eine abschließende Volksabstimmung hatte man im Vorfeld abgelehnt, um dem Verfassungsprovisorium nicht zu viel Gewicht zu verleihen. Die Ratifizierung des Grundgesetzes blieb damit den Länderparlamenten vorbehalten.

2

*Wer nichts weiß,
muss alles glauben!*
Marie von Ebner-Eschenbach



HK 2019/20

"Alle Staatsgewalt
geht vom Volke
aus..."
(Art. 20.2 GG)

Geschichte der
Bundesrepublik
Deutschland (1949-1990)

